

März 2019

Eine Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

ARD-DeutschlandTREND



Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Studieninformation..... | 1 |
| Die wichtigsten Ergebnisse..... | 2 |
| Ein Jahr Schwarz-Rot: Unzufriedenheit überwiegt..... | 3 |
| Regierungsinhalte: Union dominiert schwarz-rote Regierungspolitik | 5 |
| Politikerzufriedenheit: Merkel am populärsten, Kramp-Karrenbauer fällt zurück | 6 |
| Gute Konjunktur nutzt jedem Zweiten..... | 8 |
| Bundeshaushalt: Investitionen wichtiger als Bürgerentlastung oder Schuldenabbau..... | 9 |
| Vorrangige Investitionsfelder: Bildung und Gesundheit | 10 |
| Diesel-Diskussion: Gesundheitsschutz am wichtigsten | 11 |
| Sonntagsfrage Bundestagswahl: stabile politische Stimmung | 13 |
| Sonntagsfrage Europawahl: SPD und Grüne tauschen die Plätze | 15 |
| EU-Kommissionspräsident: Spitzenkandidaten Weber und Timmermans mit Bekanntheitsproblemen..... | 16 |

ARD – DeutschlandTREND März 2019
 Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
 der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

| | | |
|---|--|----------------|
| Grundgesamtheit | Wahlberechtigte in Deutschland | |
| Stichprobe | Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 60:40) | |
| WDR-Autorin | Friederike Hofmann | 0221 220-1800 |
| WDR-Redakteurin | Claudia Müller | 0221 220-1800 |
| Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap | Heiko Gothe | 030 533 22 - 0 |
| Erhebungsverfahren | Telefoninterviews (CATI) | |
| Fallzahl | 1.008 Befragte Sonntagsfrage: 1.508 Befragte | |
| Gewichtung | nach soziodemographischen Merkmalen Sonntagsfrage mit separater Gewichtung | |
| Erhebungszeitraum | 11. bis 12. März 2019 Sonntagsfrage: 11. bis 13. März 2019 | |
| Schwankungsbreite | 1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent | |
| Durchführendes Institut: | Infratest dimap | |
| Ihre Ansprechpartner: | Michael Kunert | 030 53322-0 |
| | Reinhard Schlinkert | 0228 32969-3 |

Die wichtigsten Ergebnisse

Am 14. März letzten Jahres nahm die dritte schwarz-rote Koalition unter Führung von Angela Merkel die Regierungsarbeit auf. Ein Jahr später stößt die Koalitionsregierung auf deutliche Kritik: Ähnlich wie im Vormonat äußern sich nur drei von zehn (30 Prozent; -1) zufrieden zur Arbeit der schwarz-roten Bundesregierung. Vor vier Jahren waren es fast doppelt so viele (58 Prozent). Zu diesem überwiegend kritischen Bild haben offensichtlich nicht zuletzt koalitionsinterne Konflikte der letzten zwölf Monate beigetragen. Aus Sicht von gut zwei Dritteln der Bundesbürger (68 Prozent) hat das Kabinett bislang nicht in einen guten Arbeitsmodus gefunden. Ebenso viele (70 Prozent) vermissen einen gemeinsamen Kurs der Koalitionspartner. Nach zwölf Monaten Regierungsarbeit gilt der Kurs des Berliner Kabinetts eher als unionsdominiert. Nach Ansicht von 62 Prozent prägen CDU (48 Prozent) und CSU (14 Prozent) die bisherige Regierungsarbeit am stärksten. Für nur 16 Prozent überwiegt in der Berliner Regierung die Handschrift der Sozialdemokraten.

Die kritische Sicht auf die schwarz-rote Regierungsarbeit geht bereits seit längerem auch mit einer weniger positiven Bewertung der Bundeskanzlerin einher: In ihrem 14. Kanzlerschaftsjahr tut sich Angela Merkel schwer, an ihre frühere Popularität anzuknüpfen. Wie im Vormonat stößt sie aktuell mit ihrer Arbeit nur bei jedem zweiten Bundesbürger auf Zuspruch (52 Prozent, +1). Damit bleibt die Kanzlerin allerdings weiterhin die beliebteste deutsche Politikerin. Entsprechend überwiegt sowohl bei den Bundesbürgern insgesamt (59 Prozent) wie auch bei den Unionsanhängern (74 Prozent) der Wunsch, die frühere CDU-Vorsitzende möge ihr Amt als Regierungschefin über die volle Amtsperiode ausüben und nicht vorzeitig an eine Nachfolgerin bzw. einen Nachfolger übergeben. Merkels Nachfolgerin als CDU-Parteivorsitzende, Annegret Kramp-Karrenbauer, büßt im Vergleich zum Februar deutlich an Sympathien ein (37 Prozent, -8).

Bei der Verwendung der Überschüsse aus dem Bundeshauhalt des letzten Jahres gibt es in den politischen Parteien unterschiedliche Überlegungen. Die Bundesbürger sprechen sich dafür aus, dass diese finanziellen Mittel verstärkt für öffentliche Investitionen verwendet werden (49 Prozent). Die finanzielle Entlastung der Bürger hat für 36 Prozent Vorrang, der Abbau öffentlicher Schulden für 14 Prozent. Insbesondere Bildung (33 Prozent) und Gesundheit (32 Prozent) sind dabei bevorzugte Investitionsfelder. Alle anderen Bereiche folgen mit deutlichem Abstand, darunter die Verkehrsinfrastruktur (10 Prozent), der Klimaschutz (9 Prozent) oder die Digitalisierung (7 Prozent).

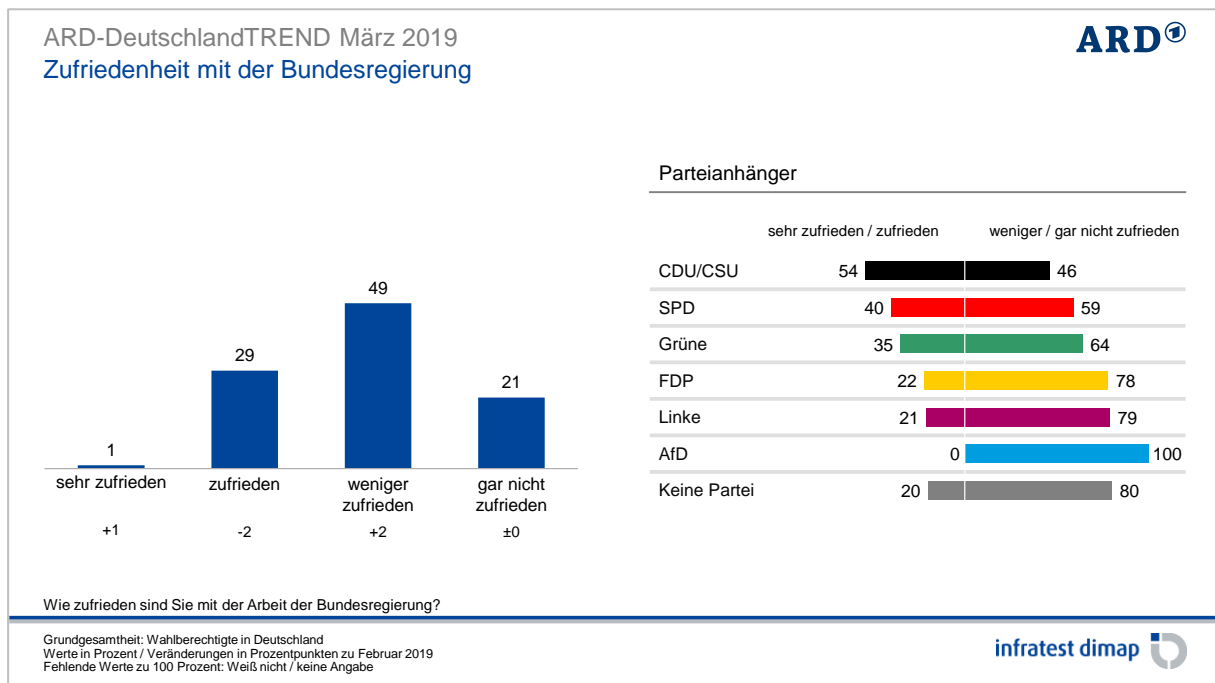
In der Debatte um Diesel-Fahrverbote sollte aus Sicht der Bundesbürger der Gesundheitsschutz oberste Priorität haben: Für 53 Prozent ist dies der wichtigste Aspekt. Die Vermeidung von Fahrbeschränkungen spielt für ein Viertel die größte Rolle (24 Prozent). Die Interessen von Diesel-Besitzern stellt jeder Sechste in den Vordergrund (17 Prozent). Nachrangig sind für die Bundesbürger die Belange der Autoindustrie (2 Prozent). 38 Prozent sind generell gegen Fahrverbote für Dieselfahrzeuge, während 30 Prozent der Meinung sind, dass Fahrverbote erst bei höheren Grenzwerten gelten sollten. Fast genauso viele (28 Prozent) akzeptieren Diesel-Fahrverbote auf Basis der bestehenden Grenzwerte. Mit der Arbeit des verantwortlichen Verkehrsministers Andreas Scheuer sind lediglich 16 Prozent zufrieden, 42 Prozent sind mit dem CSU-Politiker unzufrieden.

Die aktuelle bundespolitische Stimmung ist weitgehend stabil. Dies gilt für Union (29 Prozent), Grüne (19 Prozent), SPD (17 Prozent) und die AfD (13 Prozent). Die Linke gewinnt binnen Monatsfrist einen Punkt hinzu und erreicht 9 Prozent, während die FDP einen Punkt verliert und aktuell 8 Prozent der Stimmen auf sich vereinen würde.

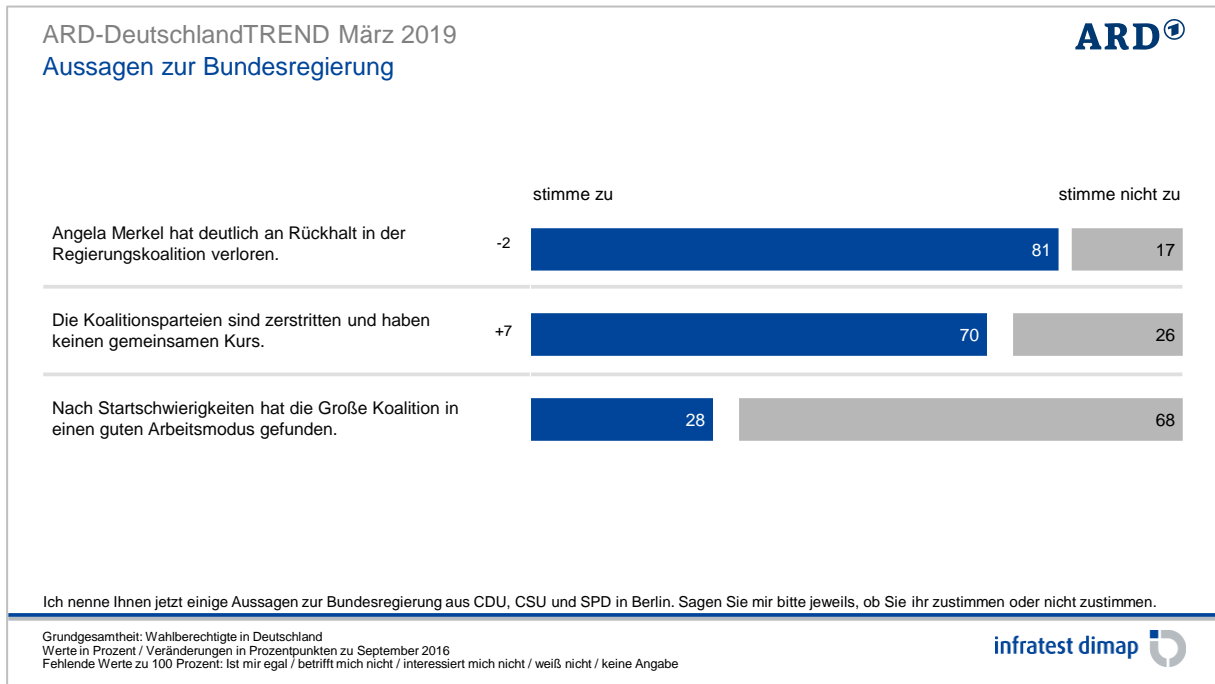
Am 26. Mai findet die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Bei einer Europawahl zum jetzigen Zeitpunkt würde die Union mit 32 Prozent als stärkste Kraft durchs Ziel gehen. Die SPD läge bei 19 Prozent, die Grünen bei 18 Prozent. Die AfD läge bei 11 Prozent, während Linke (7 Prozent) und FDP (6 Prozent) einstellig abschneiden würden. Alle anderen Parteien würden zusammen 7 Prozent erzielen, wobei alle Einzelparteien momentan jeweils unter 3 Prozent liegen. Wegen der bei Europawahlen fehlenden Sperrklausel haben auch Parteien mit einem Stimmenanteil von 1 Prozent und weniger Chancen auf einen Sitz im Europaparlament. Das sind die wichtigsten Befunde im aktuellen ARD-DeutschlandTREND von infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT.

Ein Jahr Schwarz-Rot: Unzufriedenheit überwiegt

Am 14. März letzten Jahres nahm die dritte schwarz-rote Koalition unter Führung von Angela Merkel die Regierungsarbeit auf. Ein Jahr später stößt die Koalitionsregierung auf deutliche Kritik: Ähnlich wie im Vormonat äußern sich nur drei von zehn (30 Prozent; -1) zufrieden zur Arbeit der schwarz-roten Bundesregierung, sieben von zehn (70 Prozent; +2) sind weniger oder gar nicht zufrieden. Ein positives Bild überwiegt nur bei den Unions-Anhängern (54:46 Prozent), wenn auch nur knapp. In den Reihen des Koalitionspartners SPD sind dagegen die Kritiker in der Mehrzahl (40:59 Prozent), ebenso unter den Anhängern der Opposition.

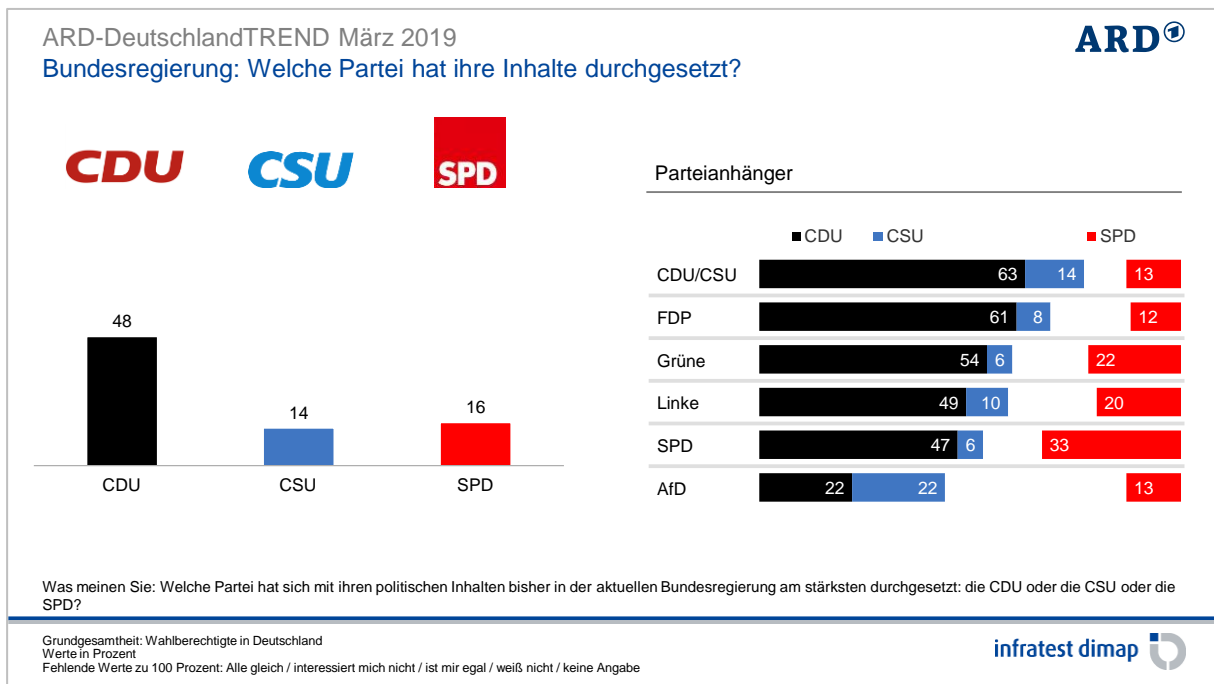


Zu diesem überwiegend kritischen Bild haben offensichtlich nicht zuletzt koalitionsinterne Konflikte der letzten zwölf Monate beigetragen. Aus Sicht von gut zwei Dritteln der Bundesbürger (68 Prozent) hat das Kabinett bislang nicht in einen guten Arbeitsmodus gefunden. Ebenso viele (70 Prozent) vermissen einen gemeinsamen Kurs der Koalitionspartner. Acht von zehn (81 Prozent) haben zudem das Gefühl, dass Kanzlerin Angela Merkel innerhalb der Koalition deutlich an Rückhalt verloren hat. Diese Einschätzung hat sich seit 2016 nicht nennenswert verändert.



Regierungsinhalte: Union dominiert schwarz-rote Regierungspolitik

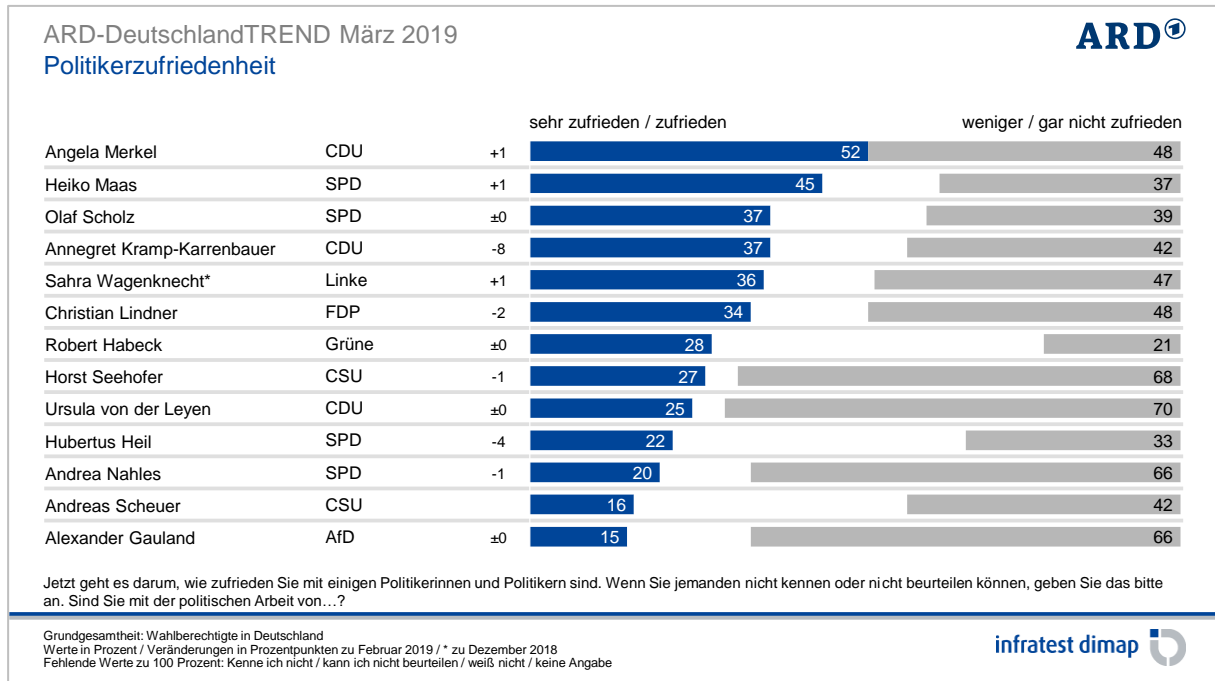
Nach Abschluss der Koalitionsverhandlungen im Februar 2018 waren unter dem Eindruck der Ressortverteilung drei von zehn Bundesbürgern (31 Prozent) der Meinung, die SPD habe sich inhaltlich im Koalitionsvertrag am ehesten durchgesetzt, 39 Prozent sahen CDU (29 Prozent) und CSU (10 Prozent) im Vorteil. Nach zwölf Monaten Regierungsarbeit gilt der Kurs des Berliner Kabinetts dagegen eher als unionsdominiert. Nach Ansicht von 62 Prozent prägen CDU (48 Prozent) und CSU (14 Prozent) die bisherige Regierungsarbeit. Für nur 16 Prozent der Wahlberechtigten überwiegt in der Berliner Regierung die Handschrift der Sozialdemokraten.



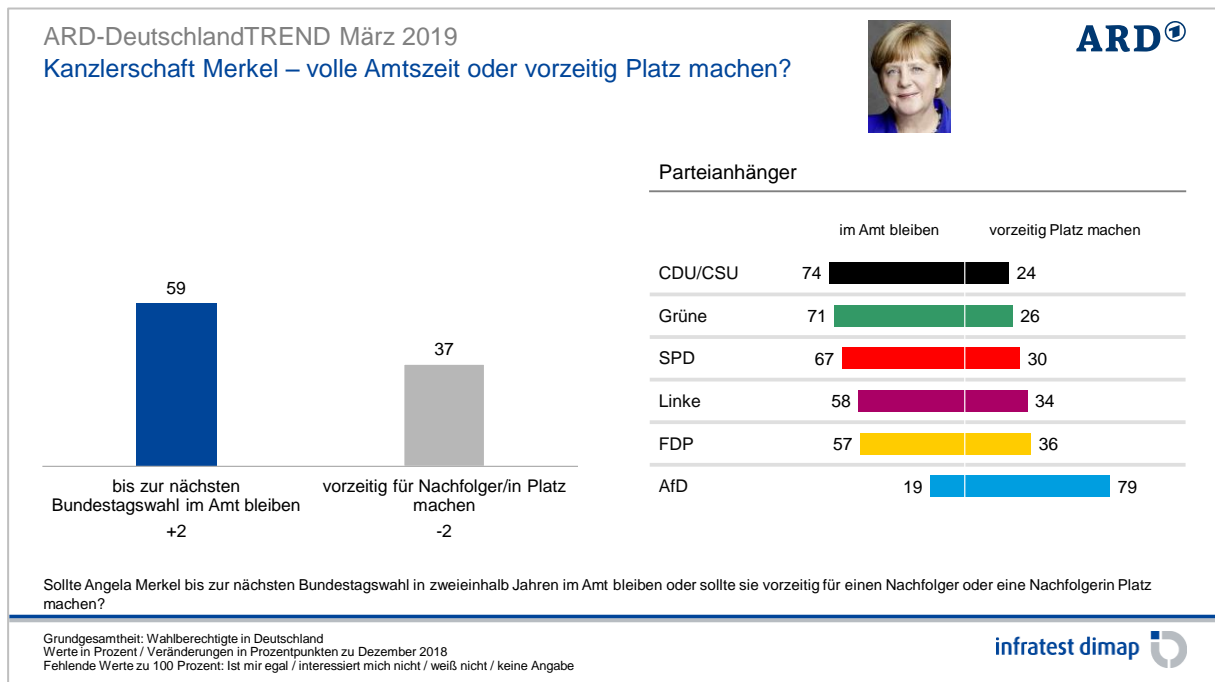
Der Eindruck, dass sich die Union in der Regierungsarbeit bislang eher durchsetzen kann, wird nicht nur von den Anhängern der CDU/CSU (77 Prozent), sondern auch mit Abstrichen von den Anhängern des sozialdemokratischen Koalitionspartners geteilt (53:33 Prozent).

Politikerzufriedenheit: Merkel am populärsten, Kramp-Karrenbauer fällt zurück

Die kritische Sicht auf die schwarz-rote Regierungsarbeit geht bereits seit längerem auch mit einer weniger positiven Bewertung der Bundeskanzlerin einher: In ihrem 14. Kanzlerschaftsjahr tut sich Angela **Merkel** schwer, an ihre frühere Popularität anzuknüpfen. Wie im Vormonat stößt sie aktuell mit ihrer Arbeit bei jedem zweiten Bundesbürger auf Zuspruch (52 Prozent, +1). Damit konnte sie sich seit dem Start der aktuellen Regierung im März 2018 nicht weiter profilieren.



Damit bleibt die Kanzlerin allerdings weiterhin die beliebteste deutsche Politikerin. Entsprechend überwiegt sowohl bei den Bundesbürgern insgesamt (59 Prozent) wie auch bei den Unionsanhängern (74 Prozent) der Wunsch, die frühere CDU-Vorsitzende möge ihr Amt als Regierungschefin über die volle Amtsperiode ausüben und nicht vorzeitig an eine Nachfolgerin bzw. Nachfolger übergeben.



SPD-Bundesaußenminister Heiko **Maas** kann aktuell mit einem nahezu unveränderten Zuspruch von 45 Prozent (+1) am ehesten mit Merkels Zustimmung mithalten. Hinter ihm folgen SPD-Bundesfinanzminister Olaf **Scholz** (37 Prozent; +/-0) und die CDU-Parteivorsitzende Annegret **Kramp-Karrenbauer** (37 Prozent; -8). Während der Vizekanzler wie im Vormonat bewertet wird, büßt die Christdemokratin deutlich an Sympathien ein. Auf den nachfolgenden Plätzen rangieren die im Herbst aus dem Amt scheidende Fraktionschefin der Linken Sahra **Wagenknecht** (36 Prozent; +1) sowie FDP-Parteichef Christian **Lindner** (34 Prozent; -2).

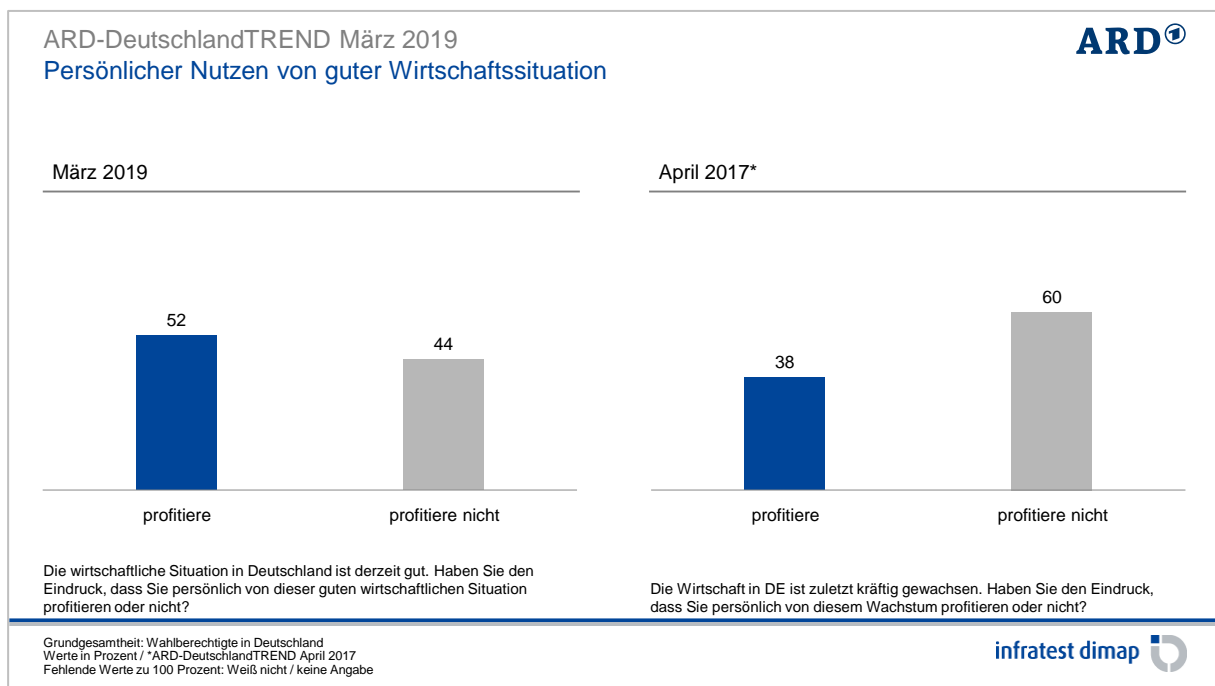
Das hintere Mittelfeld im Urteil der Bundesbürger wird angeführt von Grünen-Chef Robert **Habeck** (28 Prozent; +/-0) und CSU-Bundesinnenminister Horst **Seehofer** (27 Prozent; -1). CDU-Verteidigungsministerin Ursula von der **Leyen** bekommt unverändert von 25 Prozent der Deutschen gute Noten und bleibt damit im Rekordtief. Der Vorstoß zu einem erneuerten Sozialstaat von vor einem Monat zahlt sich aktuell für SPD-Arbeitsminister Hubertus **Heil** (22 Prozent; -4) nicht aus, Auch die SPD-Parteivorsitzende Andrea **Nahles** verliert erneut leicht an Zustimmung und fällt auf ihren bisher niedrigsten Zustimmungswert im ARD-DeutschlandTREND (20 Prozent, -1). Auf den letzten Plätzen rangieren aktuell CSU-Verkehrsminister Andreas **Scheuer** (16 Prozent) sowie der AfD-Fraktions- und Parteivorsitzende Alexander **Gauland** (15 Prozent; +/-0).

Die Bekanntheit Robert Habecks bleibt stark hinter der Bekanntheit der Oppositionspolitiker Wagenknecht, Lindner und Gauland zurück: Nur jeder Zweite traut sich ein Urteil über den Grünen-Chef zu.

Gute Konjunktur nutzt jedem Zweiten

Die wirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik ist seit längerem gut. Rund die Hälfte der Deutschen (52 Prozent) gibt an, von der guten ökonomischen Lage zu profitieren. Demgegenüber beklagen 44 Prozent, die Wirtschaftssituation wirke sich nicht positiv auf ihre eigene Lage positiv aus.

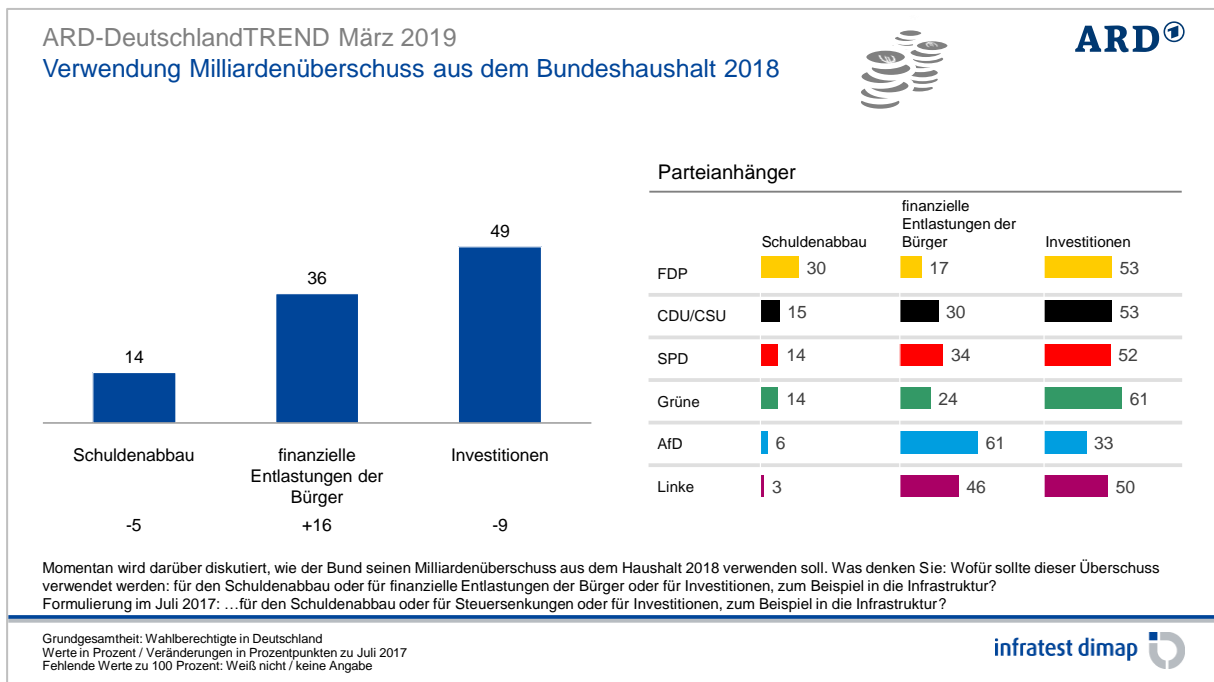
Im Kontrast dazu steht die Einschätzung vor zwei Jahren, als lediglich eine Minderheit angab, vom Wirtschaftswachstum der letzten Jahre zu profitieren.



Nutzníeßer der guten Wirtschaftslage finden sich überdurchschnittlich häufig bei Gutverdienern, Personen mit hoher formeller Bildung, sowie jüngeren Altersjahrgängen und Anhängern von FDP, Union und Grünen.

Bundshaushalt: Investitionen wichtiger als Bürgerentlastung oder Schuldenabbau

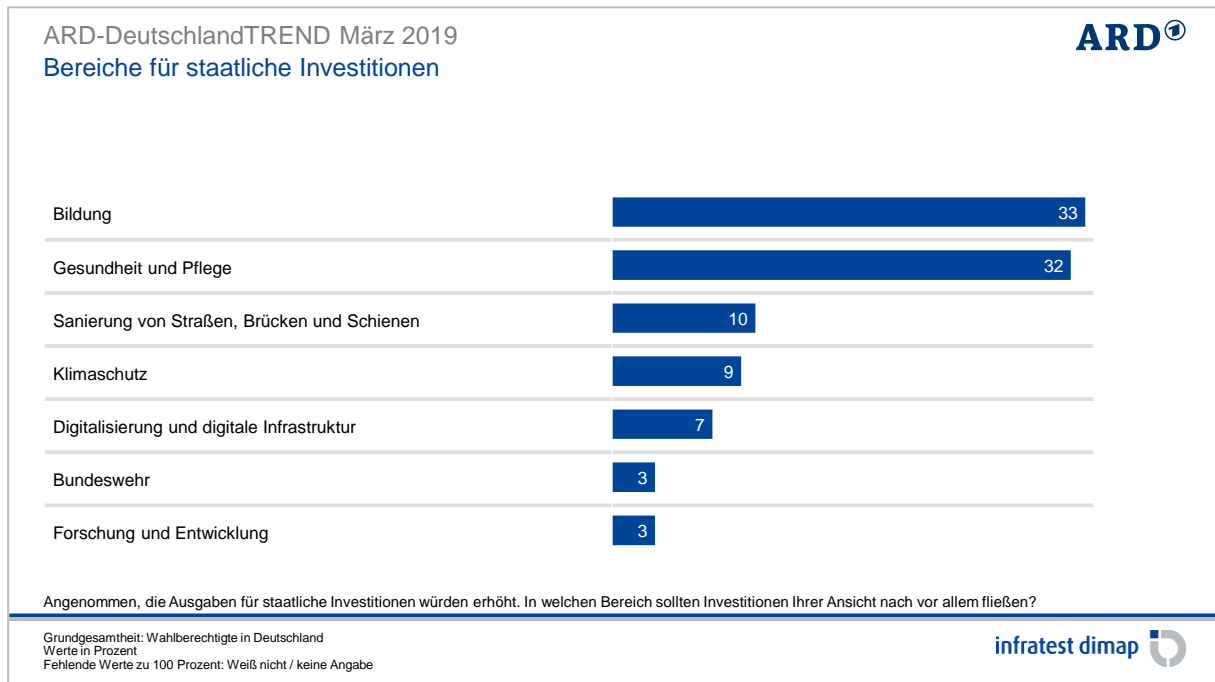
Bei der Verwendung der Überschüsse aus dem Bundshaushalt des letzten Jahres gibt es in den politischen Parteien unterschiedliche Überlegungen. Die Bundesbürger sprechen sich dafür aus, dass diese finanziellen Mittel verstärkt für öffentliche Investitionen verwendet werden (49 Prozent). Die finanzielle Entlastung der Bürger hat für 36 Prozent Vorrang, der Abbau öffentlicher Schulden für 14 Prozent. Allerdings ist innerhalb der vergangenen gut eineinhalb Jahren die Unterstützung für eine Bürgerentlastung deutlich gestiegen. Vor allem in den Reihen der AfD (61 Prozent), aber auch der Linken (46 Prozent) finden entsprechende Überlegungen großen Anklang.



Für Investitionen plädieren insbesondere Bürger mit Abitur (65 Prozent) und Besserverdienende (59 Prozent). Dagegen finden finanzielle Entlastungen der Bürger vor allem bei Geringverdienern (42 Prozent) und Wahlberechtigten mit formal niedrigem oder mittlerem Schulabschluss (jeweils 44 Prozent) überdurchschnittlich viel Zustimmung.

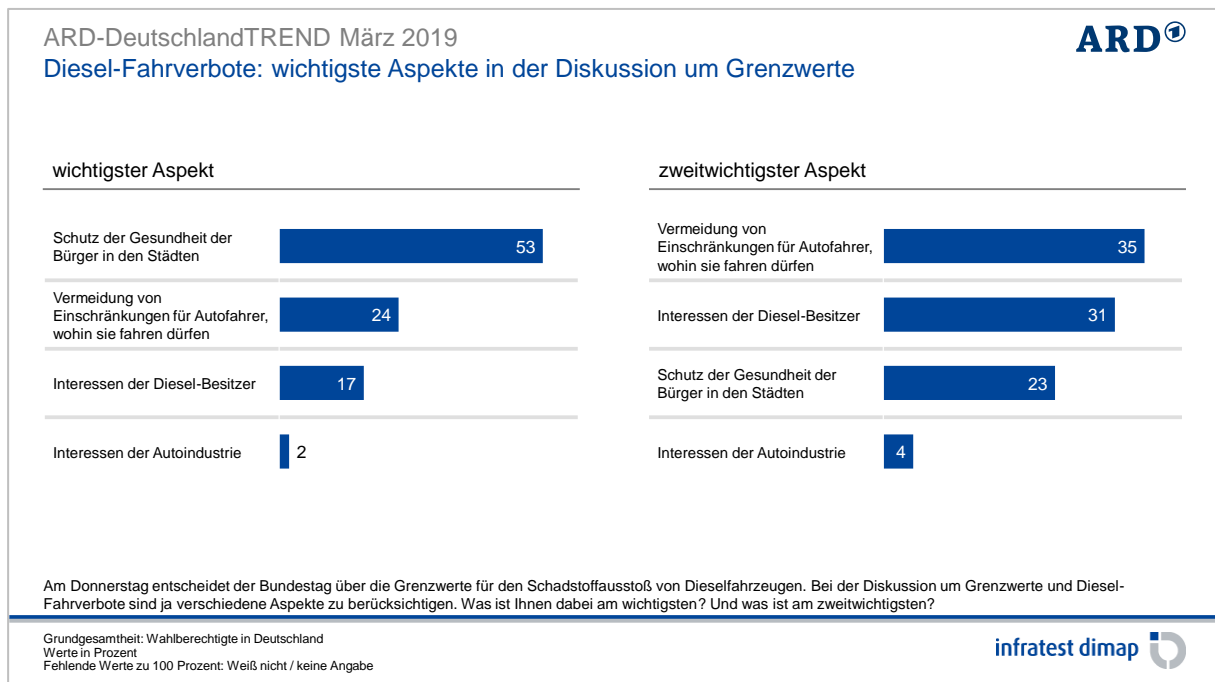
Vorrangige Investitionsfelder: Bildung und Gesundheit

Für die Wahlberechtigten sind insbesondere Bildung (33 Prozent) und Gesundheit (32 Prozent) attraktive Investitionsfelder für die Überschüsse aus dem Haushalt 2018. Alle anderen Bereiche folgen mit deutlichem Abstand, darunter die Verkehrsinfrastruktur (10 Prozent), der Klimaschutz (9 Prozent) oder die Digitalisierung (7 Prozent). Schlusslichter in den Investitionspräferenzen der Bundesbürger bilden Verteidigungs- und Forschungsausgaben (jeweils 3 Prozent).



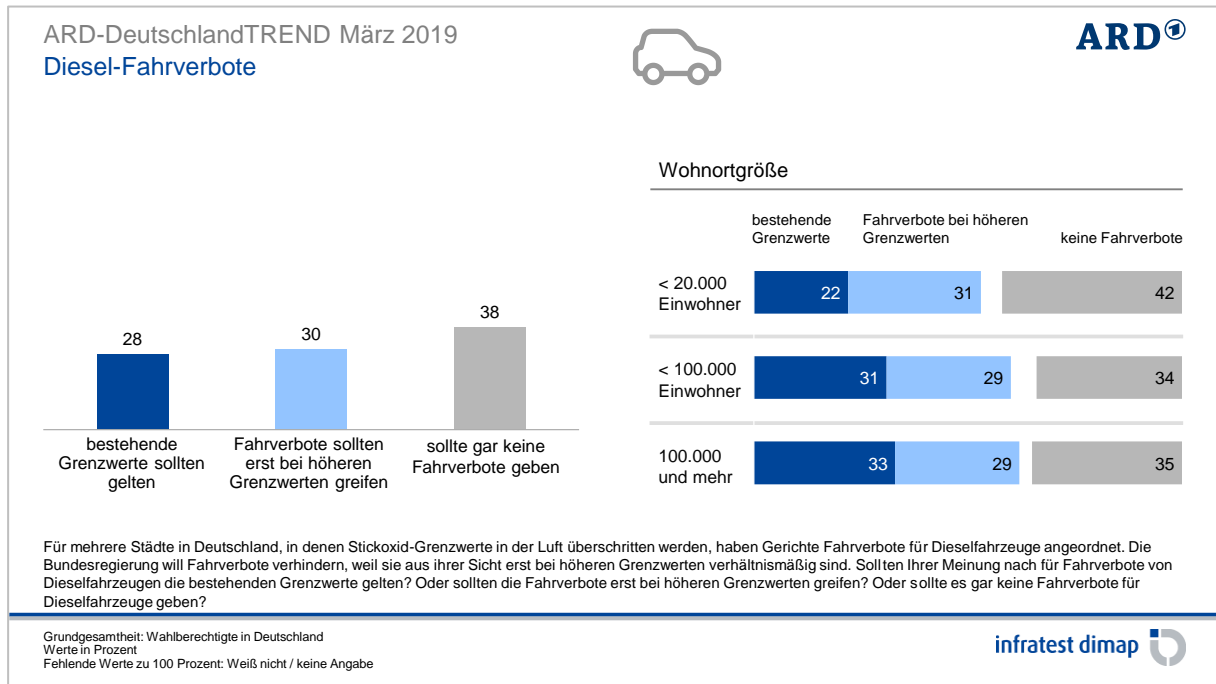
Diesel-Diskussion: Gesundheitsschutz am wichtigsten

Schadstoffgrenzwerte und Fahrverbote für Dieselfahrzeuge bestimmen seit mehreren Monaten die umwelt- und verkehrspolitische Debatte in Deutschland. Aus Sicht der Bundesbürger sollte der Gesundheitsschutz der Bürger oberste Priorität in der politischen Diskussion genießen: Für 53 Prozent ist dies der wichtigste Aspekt. Die Vermeidung von Fahrbeschränkungen spielt für ein Viertel die größte Rolle (24 Prozent). Die Interessen von Diesel-Besitzern stellt jeder Sechste in den Vordergrund (17 Prozent). Nachrangig sind für die Bundesbürger die Belange der Autoindustrie (2 Prozent).



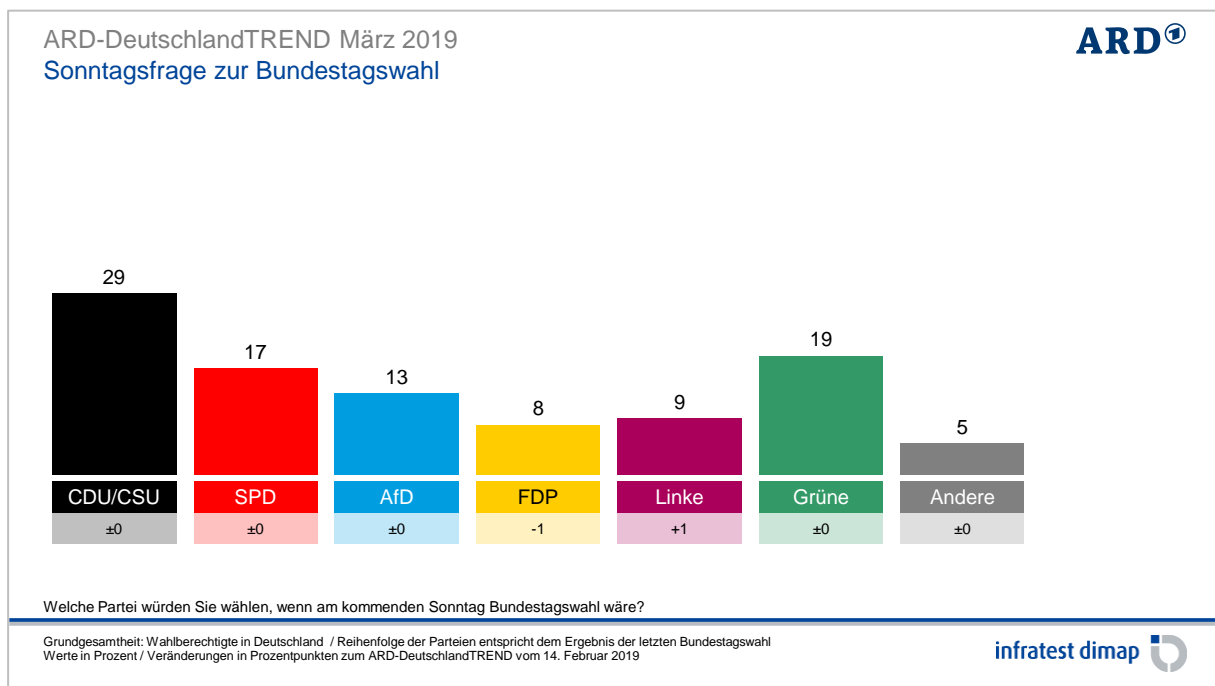
Der Wunsch nach einer Priorisierung des Gesundheitsschutzes in der Dieseldebatte überwiegt in fast allen Bevölkerungs- und Anhängergruppen. Eine Ausnahme bilden AfD-Anhänger, für die auch die Umgehung von Fahrbeschränkungen und die Interessen der Diesel-Besitzer wichtig sind.

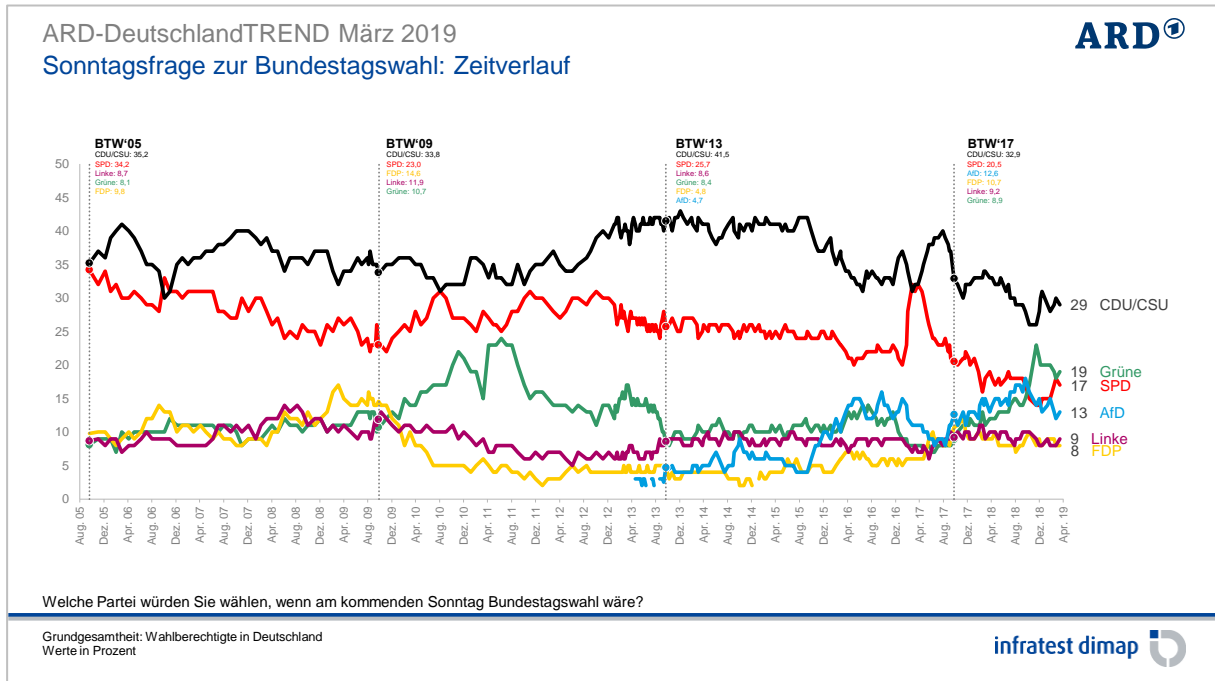
Der hohe Stellenwert, den die Bundesbürger Gesundheitsfragen in der Diesel-Debatte zuweisen, spiegelt sich in ihrer Haltung zu Fahrverboten bei Überschreitung städtischer Stickoxid-Grenzwerte. 38 Prozent sind generell gegen entsprechende Fahrverbote für Dieselfahrzeuge, während drei von zehn Bundesbürgern (30 Prozent) der Meinung sind, dass Fahrverbote erst bei höheren Grenzwerten gelten sollten. Fast genauso viele (28 Prozent) akzeptieren Diesel-Fahrverbote auf Basis der bestehenden Grenzwerte.



Sonntagsfrage Bundestagswahl: stabile politische Stimmung

Die aktuelle bundespolitische Stimmung ist weitgehend stabil. Die Union bleibt mit unverändert 29 Prozent stärkste Kraft. Der kleinere Regierungspartner SPD bleibt stabil bei 17 Prozent. Auch der aktuelle Wähleranteil der Grünen ist unverändert: mit 19 Prozent sind sie weiterhin zweitstärkste Kraft. Die AfD käme wie im Vormonat auf einen Stimmenanteil von 13 Prozent. Die Linke gewinnt binnen Monatsfrist einen Punkt hinzu und erreicht 9 Prozent, während die FDP einen Punkt verliert und aktuell 8 Prozent der Stimmen auf sich vereinen würde. Alle anderen Parteien erreichen zusammen genommen 5 Prozent der Stimmen.

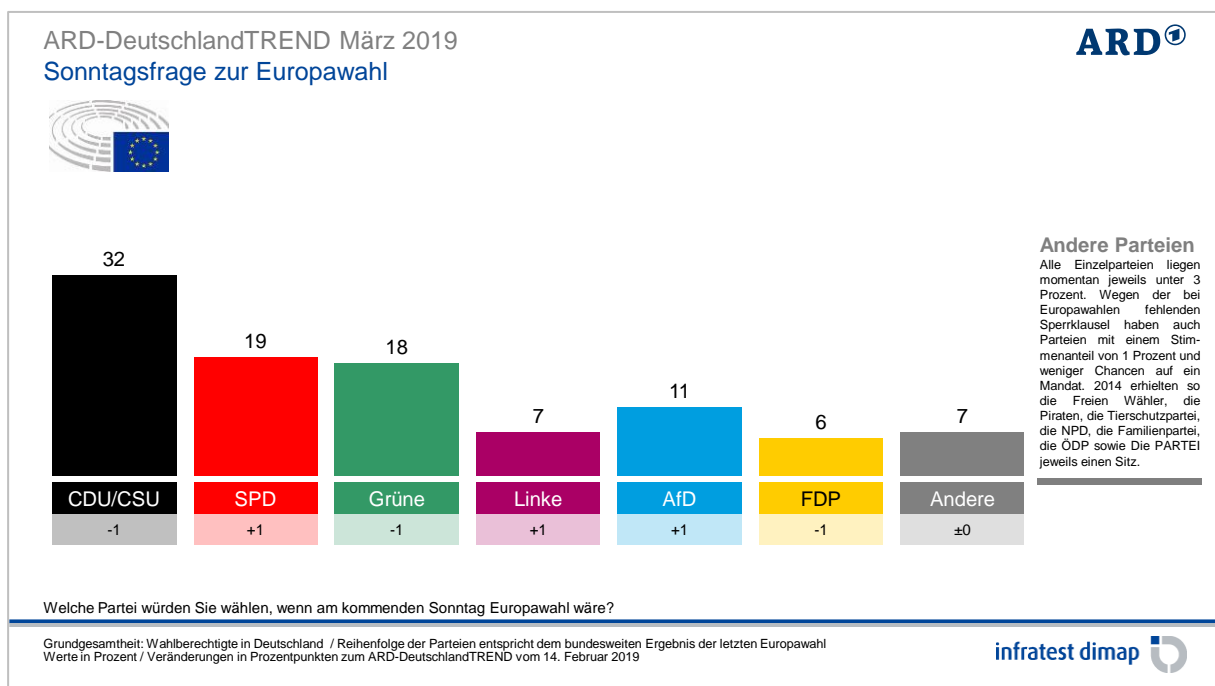




Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

Sonntagsfrage Europawahl: SPD und Grüne tauschen die Plätze

Am 26. Mai findet die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Bei einer Europawahl zum jetzigen Zeitpunkt würde die Union wie bei allen vorangegangenen Europawahlen in Deutschland zwar als stärkste Kraft durchs Ziel gehen, mit 32 Prozent der Wählerstimmen (-1 im Vergleich zum Vormonat) jedoch ihr schlechtestes Europawahlergebnis einfahren (2014: 35,4 Prozent). Zweitstärkste Partei würde die SPD mit 19 Prozent (+1), dicht gefolgt von den Grünen, die auf 18 Prozent (-1) kämen. Die Grünen würden sich gegenüber der letzten Europawahl (2014: 10,7 Prozent) massiv verbessern und ein neues Rekordergebnis einfahren. Die SPD müsste dagegen mit Rekordverlusten (2014: 27,3 Prozent) und einem neuen Negativrekord rechnen.

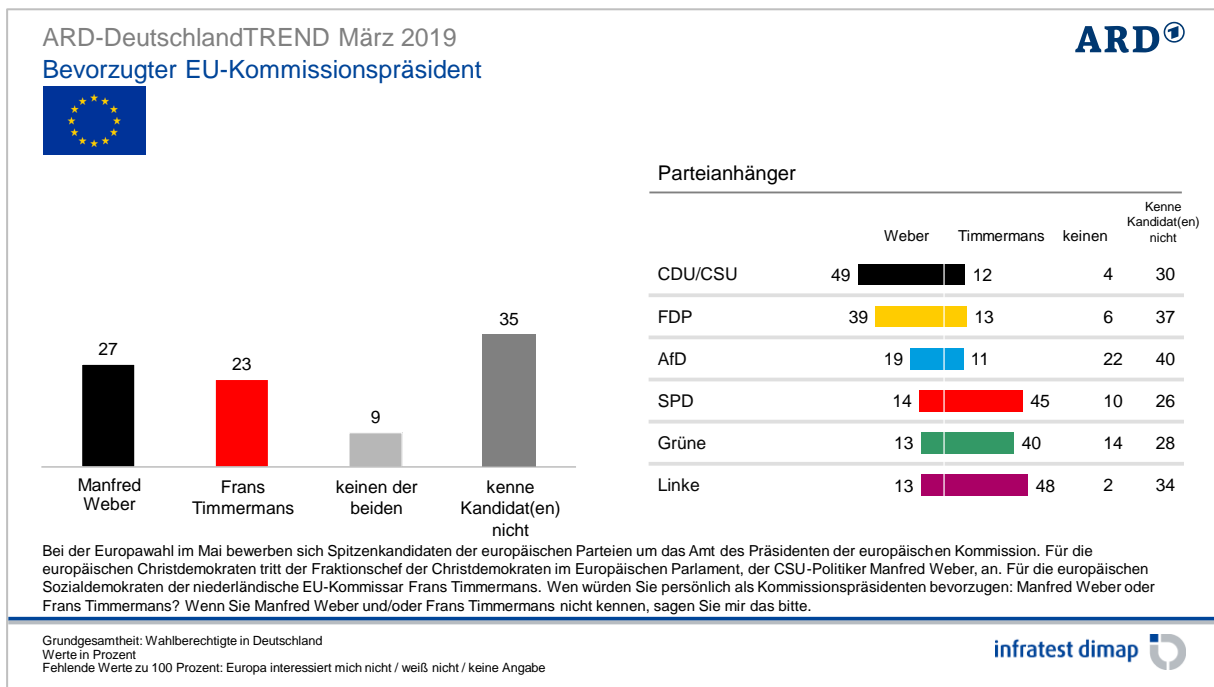


Viertstärkste Kraft würde die AfD mit aktuell 11 Prozent (+1; 2014: 7,1 Prozent), gefolgt von Linken (7 Prozent, +1) und FDP (6 Prozent, -1). Während sich die Liberalen etwa verdoppeln würden (2014: 3,4 Prozent), bliebe die Linke bei ihrem letzten Europawahlergebnis (7,4 Prozent). Alle anderen Parteien würden zusammen 7 Prozent (2014: 8,7 Prozent) erzielen, wobei alle Einzelparteien momentan jeweils unter 3 Prozent liegen. Wegen der bei Europawahlen fehlenden Sperrklausel haben auch Parteien mit einem Stimmenanteil von 1 Prozent und weniger Chancen auf einen Sitz im Europaparlament. Zur Europawahl 2014 erhielten so die Freien Wähler (1,5 Prozent), die Piraten (1,4 Prozent), die Tierschutzpartei (1,2 Prozent), die NPD (1,0 Prozent), die Familienpartei (0,7 Prozent), die ÖDP (0,6%) sowie Die PARTEI (0,6%) jeweils einen Sitz.

Die Sonntagsfrage zur Europawahl misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

EU-Kommissionspräsident: Spitzenkandidaten Weber und Timmermans mit Bekanntheitsproblemen

Für die im Mai stattfindende Europawahl haben die großen europäischen Parteienbündnisse wie vor fünf Jahren Spitzenkandidaten für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission aufgestellt. Für die konservative Europäische Volkspartei tritt deren aktueller Fraktionschef, der CSU-Politiker Manfred Weber, an. Sein Gegenspieler auf Seiten der Sozialdemokraten ist der niederländische EU-Kommissar Frans Timmermans. Könnten die Deutschen den Kommissionspräsidenten direkt bestimmen und zwischen diesen beiden Kandidaten wählen, würde fast jedem Zweiten das Votum schwer fallen: 35 Prozent kennen einen oder beide Kandidaten nicht, 9 Prozent wollen oder können sich weder für Weber noch für Timmermans entscheiden. Der Vorsprung des CSU-Politikers vor dem Sozialdemokraten fällt indes knapp aus: 27 Prozent der Bürger hierzulande würden für Weber, 23 Prozent für Timmermans stimmen.



Deutliche Mehrheiten kann Frans Timmermans bei den Anhängern der Linken, der SPD und der Grünen verbuchen, während im Lager der Unionsparteien und der Liberalen Manfred Weber größeren Rückhalt genießt. Parteipolitische Grundorientierungen spielen somit auch auf der europäischen Ebene eine ausschlaggebende Rolle. Allerdings ist das Bekanntheitsdefizit der beiden Spitzenkandidaten in allen Anhängerschaften groß.

--

Michael Kunert / Reinhard Schlinkert